



# Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 28. Februar 2025, 20:00 Uhr bis 21:37 Uhr  
Jakob und Emma Windler-Saal

---

Vorsitz	Daniel Ochsner	SVP	Präsident
Anwesende Mitglieder	Anton Adam	parteilos	
	Rafael Aragon	Pro Stein	
	Carolina Bächli	Pro Stein	
	David Böhni	SVP	
	Simone Good-Ehrensperger	parteilos	Zweite Vizepräsidentin
	Claudio Götz	Pro Stein	
	Werner Käser	FDP	Erster Vizepräsident
	Peter Keller	SP	
	Nicole Lang	parteilos	Stimmzählerin
	Beat Leu	GLP	
	Ruth Metzger	SVP	
	Niels Müller	Pro Stein	
	Marco Suter	FDP	
	Waltraud Zepf Getto	SP	Stimmzählerin
	Ulrich Böhni ( <i>bis Trakt. 2</i> )	GLP	Baureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Werkreferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Roman Suter	FDP	Finanzreferent
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Timo Bär		Stadtschreiber
Protokoll	Philipp Baumberger		

---

## Traktandenliste

Beschluss-Nr. 4

1. Protokollgenehmigungen

Beschluss-Nr. 5

2. Orientierungsvorlage: «Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus

Beschluss-Nr. 6

3. Bauabrechnung Ersatz Wasserleitung und der Kanalsanierung Guldifuess

Beschluss-Nr. 7

4. Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED in einer Etappe

Beschluss-Nr. 8

5. Informationen und Umfrage

**Einwohnerratspräsident Daniel Ochsner, SVP:** Aufgrund einer familiären Situation bei Stadtrat Ulrich Böhni beantragt er Traktandum 4 «Orientierungsvorlage: Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus» als Traktandum 2 zu behandeln, damit Stadtrat Böhni im Anschluss an dieses Traktandum die Sitzung verlassen kann.

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 4

**1. Protokollgenehmigungen**

**Protokollgenehmigung 15. November 2024**

**Ruth Metzger, SVP:** Sie hat eine Korrektur zu Seite 84 und wünscht eine Änderung. Der Satz «Sie denkt nicht, dass die Kapazitätsgrenze von Mobilfunkantennen schon erreicht ist und neue oder weitere erstellt werden müssen.» sollte wie folgt geändert werden: «Sie denkt, dass die Kapazitätsgrenze von Mobilfunkantennen schon erreicht ist und nicht neue oder weitere erstellt werden müssen.».

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Der Berichtigungsantrag wird einstimmig genehmigt.

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Das Protokoll der Sitzung vom 15. November 2024 wird einstimmig genehmigt.

**Protokollgenehmigung 13. Dezember 2024**

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2024 wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 5

**2. Orientierungsvorlage: «Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus»**

**Vorstellung Traktandum**

**Baureferent Ulrich Böhni:** Er präsentiert die Orientierungsvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation.

**Detailberatung**

**Claudio Götz, Pro Stein:** Wichtig ist, dass wenn es Richtung Urnenabstimmung geht, man weiss, wieso man das macht. Man muss wissen, wieso man es im Rathaus macht und nicht beispielsweise im Herfeld-Gebäude. Das sind Fragestellungen, welche beantwortet sein müssen. Dies muss auf kommunikativer Ebene aufgearbeitet werden, dass man dann bereit ist. Das sind seine spontanen Rückmeldungen dazu. Es muss verständlich gemacht werden, warum man beispielsweise heute nur das

Rathaus und den Steinbock saniert und das Zeughaus nicht erst später saniert. Das wäre aus seiner Sicht auch noch eine Fragestellung, die geklärt werden muss.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Jetzt ist man an diesem Punkt, wo man in die Kommunikationskampagne übergehen kann. Das ist eine ganz wichtige Phase.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Die Fraktion hat die Orientierungsvorlage gelesen und besprochen. Sie sind froh, dass diese grosse Aufgabe nun nicht nur angegangen, sondern auch umgesetzt werden soll. Das Rathaus ist ja nicht nur ein zentraler wunderschöner Bau im Städtchen, sondern soll auch weiterhin der Funktion eines solchen gerecht werden. Dass hierzu nun grosse und tiefgreifende Umbauten erfolgen müssen, ist allen klar. Insbesondere sind die vielfältigen denkmalpflegerischen Auflagen zu erfüllen. Für diese komplexe Aufgabe ist man mit dem Büro Aebi & Vincent aus Bern bestens aufgestellt, da sie über umfassende Erfahrung in der Renovation grosser historischer Gebäude verfügen – wie beispielsweise bei der Schweizerischen Nationalbank in Bern, dem Hauptbahnhof Zürich und der Restauration der Wandelhalle im Bundeshaus, um nur einige zu nennen. Es ist gut zu wissen, dass Stein am Rhein für diese Mamutaufgabe die Jakob und Emma Windler-Stiftung an ihrer Seite weiss. Dafür jetzt schon ein ganz grosses Dankeschön. Und so führt die Sanierung auch zu einer Verbesserung der Arbeitsplätze für die Verwaltung. Dies ist ebenfalls erfreulich und wird zur Attraktivierung der Stadt als Arbeitgeberin führen. Dass endlich ein hindernisfreier Zugang ins Rathaus und zur Verwaltung geschaffen wird, wird sehr begrüsst. Die SP-Fraktion dankt für die Orientierungsvorlage und diese wird wohlwollend zu Kenntnis genommen. Die SP-Fraktion wird die Fortschritte der Renovation mit grossem Interesse weiterverfolgen.

**Peter Keller, SP:** Er bedankt sich bei Stadtrat Böhni für die Präsentation. Vor etwa einem Monat hat er einen Film über baltische Staaten gesehen, die in Sachen Digitalisierung fortschrittlich sind. Dort wurden Rathäuser gezeigt, die man nur noch aufsucht, wenn man heiratet. Ansonsten geht man dort nicht mehr hin – alles läuft digital ab. Die Entwicklung in diesem Bereich geht momentan enorm schnell. Stadtrat Böhni hat auch über die Nutzungsbedürfnisse der Verwaltung gesprochen – wird das wirklich noch alles so gebraucht? Kann man innerhalb der Verwaltung nicht möglicherweise etwas auslagern, um Räume für andere Bedürfnisse freizumachen, etwa für den Einwohnerrat. Es wäre vielleicht sinnvoll, im Rathaus zu tagen, da die Räumlichkeiten hier im Bürgerasyl nicht so passend sind. Es ist hier sehr eng. Sind diese Fragen so geklärt, auch im Hinblick auf die Zukunft, unabhängig davon, ob man die dies gut oder schlecht findet?

**Baureferent Ulrich Böhni:** Das Projekt NEO, welches durch eine Fachfirma begleitet wird, ist dafür da, dass man nochmals genau auf die Entwicklung der Verwaltung schaut. Die Digitalisierung ist ein Teil dieses Projekts. Die Fachleute, wie auch er sind der Meinung, dass der Kontakt zu den Bürgern bestehen bleibt. Die Arbeitsplätze braucht es auch weiterhin. Es gibt aber sicherlich auch eine Umstellung. Er rät an, im neuen Verwaltungsteil der Verwaltung Schaffhausen vorbeizuschauen. Man kann über die Architektur dieses Gebäudes verschiedener Meinung sein, die Empfangssituation ist aber sehr strukturiert und beeindruckend. Es ist genau die Thematik, dass man dies anschauen muss. In der Raumanalyse wurde genau festgelegt, welche Räume man für was nutzen kann. Die gestaltete Raumflexibilität ermöglicht es beispielsweise, in zehn Jahren zu sagen, dass man ein Stockwerk im Zeughaus nicht mehr benötigt und es für einen anderen Zweck umfunktioniert. Es könnte zu einem musealen Raum werden oder auch vermietet werden. Zuerst sagt die Verwaltung wie sie es möchte und anschliessend plant man herum. Dass waren bis anhin zwei verschiedene Prozesse. Man wollte die Raumbedürfnisse der Verwaltung insgesamt herausfinden und nicht spezifisch auf das Objekt eingehen. Anschliessend wurde geprüft, welche Raumqualität im Objekt geschaffen werden kann. Die Flexibilität bleibt für die Zukunft somit erhalten. Man möchte so wenig wie möglich feste Raumzuteilungen. Dies war dem Stadtrat wie auch den Planern sehr wichtig.

**Stadtschreiber Timo Bär:** In der Schweiz müssten zunächst auf nationaler und kantonaler Ebene die Grundlage geschaffen werden, um einen so weitreichenden Schritt zu gehen, dass Menschen nur noch zum Heiraten ins Rathaus kommen. Dies ist ein enormer Prozess. Das Gebäude muss für die Zukunft fit gemacht werden. Auch wenn die Menschen in Zukunft nur noch zum Heiraten ins Rathaus kommen würden, bedeutet das nicht, dass keine Büroflächen mehr benötigt werden. Dass alle Mitarbeitenden im Homeoffice arbeiten, wäre grosse Zukunft, doch davon ist man noch weit entfernt. Im Projekt NEO wird

dieser Prozess mit Hilfe eines externen Beraters und unter Einbezug der Mitarbeitenden angegangen. Es wird eine Vision für das Jahr 2045 entwickelt, um zu sehen, wie diese Veränderung erreicht werden kann. Das kann durchaus herausfordernd sein. Am Ende geht es darum, diese Vision in die Realität umzusetzen. Bei der Sanierung gibt es keine grüne Wiese. Im Rathaus kann man nicht einfach ein Grossraumbüro einrichten. In seinem Büro kann man beispielsweise den Einbauschränk nicht entfernen, da dieser unter Denkmalschutz steht. Auch Wände dürfen nicht einfach versetzt werden. Man kann zwar sagen, dass ein Arbeitsplatz 10 m<sup>2</sup> gross sein soll, aber wenn ein Büro 17 m<sup>2</sup> misst, lässt sich daran nichts ändern. Der Raum ist vorgegeben. Diese speziellen Voraussetzungen, die durch die Denkmalpflege bedingt sind, müssen berücksichtigt werden, und das ist allen Beteiligten bewusst. Die Digitalisierung ist ein sehr spannendes Thema, und es besteht eine grosse Offenheit, diese Veränderungen zu fördern. Das Projekt NEO konzentriert sich ausschliesslich auf diese Aspekte.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Sie ist bereits acht Jahre im Rat. Es war immer klar, dass die Verwaltung ins Städtli gehört. Es wäre ein falsches Signal, wenn die Stadt als grösster Arbeitgeber aus dem Städtli gehen würde. Sie hofft, dass dies vom Einwohnerrat unterstützt wird. Wenn dies nicht unterstützt wird, hat man einfach ein Museum mehr. Das Rathaus muss so oder so saniert werden. Es fallen sowieso hohe Kosten an, um das Rathaus einigermaßen nutzbar zu machen. Auch der Steinbock hat einen hohen Sanierungsbedarf. Man macht dort nicht einfach eine Wohnung rein. Für die Zusammenarbeit in einer Verwaltung wäre es am effektivsten, wenn alle Abteilungen zentral in einem Gebäude sind. Dies gibt die effektivsten Wege und die kürzesten Schnittstellen. Es wäre auch kundenfreundlich. In der Zeitung war zu lesen, dass die meisten pensionierten Personen nach Stein am Rhein ziehen. Das Durchschnittsalter wird in den nächsten fünf Jahren vermutlich nicht sinken. Diese Leute sind noch nicht durchgehend digital unterwegs und sind froh, dass es einen Ansprechpartner gibt. Sie hofft, dass der Einwohnerrat 100 % dahintersteht, dass die Verwaltung ins Städtli gehört. Man will nahe bei den Leuten sein. Sie hätte grosse Mühe, wenn ein Museum im Rathaus erstellt werden würde. Sie versteht aber den Ansatz von Peter Keller. Dieser ist sicher richtig. Es ist nicht zielführend, ein Einwohnerratssitzungszimmer im Rathaus zu schaffen, das nur sechs Mal im Jahr genutzt wird und dessen zukünftige Existenz ungewiss ist. Diese Frage wurde schon oft im Einwohnerrat gestellt. Man hat sich bemüht, die Verwaltung im Städtli zu behalten.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er lehnt sich vielleicht nun ein wenig aus dem Fenster heraus. Er geht davon aus, dass der Einwohnerrat die Digitalisierung überleben wird. Er geht auch davon aus, dass die Digitalisierung der Verwaltung bis im Jahr 2045 gehen wird. Vermutlich werden dann nur irgendwelche Lager- oder Archivräumlichkeiten nicht mehr gebraucht werden. Arbeitsplätze wird es noch brauchen. Es ist wichtig, den Menschen auf einer rationalen Ebene zu erklären – und nicht auf emotionaler –, warum es sinnvoll ist, im Rathaus zu bleiben. Der Stadtrat hat sicherlich die passenden Antworten dazu. Es ist wichtig, dass das Geschäft dazu aufgearbeitet wird.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Es sind alles wichtige Hinweise. Die Freiheitsfläche im Rathaus ist beispielsweise geringer als im Zeughaus, das grosse Flächen bietet. Im Rathaus sind die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt. In den Diskussionen ist man zu dem Schluss gekommen, dass es im Rathaus kein weiteres Museum geben soll. Er hat vorhin die Tabelle zum Stiftungszweck der Jakob und Emma Windler-Stiftung gezeigt, die unter anderem die Sparte Zusatzkosten Altbau behandelt. Es geht darum, dass die kulturhistorische Nutzung weiterhin ermöglicht und umgesetzt werden kann. Er ist nicht gegen ein Einwohnerratssitzungszimmer. Zuerst wurden alle Überlegungen der letzten 20 Jahre aufgearbeitet. Dabei finden sich immer wieder Pläne, in denen im Estrich ein grosses Einwohnerratssitzungszimmer vorgesehen ist. Man muss sich jedoch fragen, ob ein solches Zimmer für nur sechs Sitzungen pro Jahr wirklich notwendig ist. Dafür braucht es flexible, ausreichend grosse Räume. Es geht nicht darum, dem Einwohnerrat etwas wegzunehmen. Der Stadtrat hat auch bis vor zwölf oder 15 Jahren im Rathaus getagt, aber er wird jetzt nicht sagen, dass der kleine Ratssaal wieder sein Sitzungssaal wird. Es wird in Stein am Rhein genügend Räume für alle Sitzungen geben.

**Beat Leu, GLP:** Er möchte dort weitermachen, wo Claudio Götz bereits vorhin aufgehört hat, und der Stadtpräsidentin Corinne Ullmann entgegenwirken. Die Verwaltung ist auch heute nicht zentralisiert. Die Bauverwaltung ist extern im Herfeld-Gebäude untergebracht. Er wünscht, dass geprüft wird, warum die

Verwaltung nicht ins Herfeld-Gebäude umziehen soll. Es geht darum, dies zu untersuchen – es bedeutet nicht, dass bereits eine Entscheidung getroffen wurde. Im Herfeld-Gebäude gibt es sicherlich zwei oder drei Vorteile. Die Präsentation fand er sehr gut und solche Gebäude müssen erhalten werden. Ob es jedoch für eine Verwaltung sinnvoll ist, dort untergebracht zu sein, muss noch analysiert werden.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Er möchte hier ergänzen, dass diese Prüfung gemacht worden ist. Der Schlüsselpunkt ist aber die Finanzierung. Wenn nun herauskommt, dass diese Lösung sieben Millionen Franken kostet, dann sieht es anders aus. Diese Antwort hat auf ihn auch einen Einfluss.

**Beat Leu, GLP:** Das gehört für ihn auch dazu, was man angehen muss.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Betreffend Kosten möchte er sich nochmals wiederholen. Er hat in einem Protokoll einer letzten Sitzung gelesen, dass 2.6 Millionen Franken in den finanzpolitischen Reserven vorhanden sind. Er geht davon aus, dass dies der Verhandlungsrahmen mit der Stiftung ist, was man sich leisten kann. Viel mehr wird man sich nicht leisten können. Sonst muss man nochmals über die Bücher gehen. Er möchte auch ergänzen, dass die Parkplätze vor dem Zeughaus nicht verhandelbar sind.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Sie möchte noch kurz Beat Leu antworten. Das Rathaus kann man nicht auseinanderfallen lassen. Es muss etwas gemacht werden. Die Millionen, welche jetzt investiert werden, müssen sowieso investiert werden. Wenn man ins Herfeld-Gebäude umziehen möchte, müsste auch dort investiert werden, ebenso wie im Rathaus. Das Rathaus kann nicht umgenutzt werden, ohne dass es vorher saniert wird. Man hat zum Ziel, alles zu zentralisieren und das die Bauverwaltung ins Rathaus kommt.

**Beat Leu, GLP:** Die Möglichkeit könnte auch andersherum betrachtet werden. Er weiss jedoch, wohin die Stadtpräsidentin tendiert, und das ist auch richtig so. Den Einwohnerrat abzuschaffen, könnte man auch plakativ sagen, wie vorhin erwähnt wurde.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Dies hat sie so nie erwähnt.

**Beat Leu, GLP:** Für ihn geht es jedoch darum, die Sache auch aus einer kostentechnischen Perspektive sauber zu betrachten. Er möchte das Rathaus ebenfalls nicht auseinanderfallen lassen – das ist eine Unterstellung. Ihm geht es wirklich nur darum, dass man diese Optionen gründlich prüft.

---

Beschluss-Nr. 6

### **3. Bauabrechnung Ersatz Wasserleitung und der Kanalsanierung Guldifuess**

#### **Vorstellung Traktandum**

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Das Projekt wurde im Rahmen der Projektsanierung aus dem Weissbuch durchgeführt. Die Kosten belaufen sich auf CHF 261'889.88. Von der kantonalen Feuerpolizei wurden Beiträge in Höhe von CHF 26'289.45 geleistet. Der Gesamtkredit von CHF 299'000.00 wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Es gab Minderkosten von CHF 37'110.12. Diese Minderkosten entstanden, weil die ursprünglich geplanten Kandelaber nach Rücksprache mit dem EKS nicht umgesetzt werden mussten. Zudem wurden die Ausmassreserven höher budgetiert. Ausmassreserven sind die Posten, die in einem Leistungsverzeichnis als Puffer für unvorhergesehene Kosten eingeplant werden. Normalerweise liegt dieser Wert bei rund 5 %, in diesem Fall wurde jedoch etwas mehr eingeplant. Die Wasser- und Kanalisationsleitungen wurden ebenfalls ersetzt. Sie dankt der GPK für die Prüfung des Geschäfts. Der Stadtrat beantragt, die Bauabrechnung zu genehmigen.

#### **Bericht Kommission**

**Beat Leu, GLP, GPK:** Die Rechnung wurde geprüft. Es wurde auch ein Fragekatalog an Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer gesendet. Dieser wurde vollständig beantwortet. Er dankt für die Arbeit. Sie sind

nun froh, dass der letzte Teil aus dem Weissbuch aus dem Jahr 2014 abgeschlossen wurde. Er hofft, dass man nun nichts mehr findet. Sie empfehlen, der Rechnung zuzustimmen.

### Eintreten

**Werner Käser, FDP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion hat die Bauabrechnung geprüft. Mit Freude wurden die Minderkosten zur Kenntnis genommen. Er dankt den beteiligten Personen. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Peter Keller, SP, SP-Fraktion:** Die Fraktion hat die Rechnung auch angeschaut bzw. das Resultat. Sie schliessen sich dem Bericht der GPK an und sind für Eintreten.

### Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 261'889.88 für den Ersatz der Wasserleitung und der Kanalsanierung Guldifuess wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 7

## 4. Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED in einer Etappe

### Vorstellung Traktandum

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Im letzten Dezember, in der Budgetsitzung, wurde ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 400'000.00 für die Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung auf LED in den nächsten vier Jahren bewilligt. In einer ersten Etappe, im Degerfeld südlich der Bahnlinie, wurde das Konzept im Herbst 2024 erstmal umgesetzt. Der Betrag von CHF 120'000.00 war bereits in der Investitionsrechnung 2023 eingeplant.

Zwischenzeitlich, insbesondere im letzten Herbst und Anfang Winter, gab es aufgrund verschiedener Übergriffe, die von Frauen auf den Strassen erlebt wurden, intensivere Diskussionen darüber, wie sich Frauen in der Nacht im öffentlichen Raum sicherer fühlen könnten. Gut beleuchtete Strassen sind nur ein Aspekt, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Es gab auch negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung, als man die Beleuchtung um 23.00 Uhr unter der Woche und freitags und samstags um 00.00 Uhr abschaltete. Diese Massnahme war Teil der Energiesparmassnahmen. Man erhielt Meldungen dazu, die aufgenommen wurden, und der Stadtrat hat diese verstanden.

Dies führte dazu, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat vorschlägt, die Umstellung der Beleuchtung in einer Etappe im Jahr 2025 umzusetzen. Schlecht beleuchtete Strassen, verwinkelte Unterführungen und Hecken, wirken sich negativ auf das Sicherheitsgefühl vieler Menschen aus. Die Rückmeldungen aus dem Degerfeld nach der Umsetzung waren durchweg positiv. Dort funktioniert die Beleuchtung die ganze Nacht über mit einem Bewegungssensor. Im Degerfeld gibt es auch ein Dimmerprofil, das aktuell nicht genutzt wird. Hier wird 30 % der Beleuchtung aktiviert, wenn beispielsweise ein Fahrzeug vorbeifährt. Das wurde so empfohlen, damit sich die Augen an die Umstellung von dunkel auf hell gewöhnen können.

Aktuell sind Kreuzungen in Quartierstrassen die ganze Nacht über beleuchtet. Dies könnte künftig reduziert werden. Es geht hier nur um Quartierstrassen. Diese Leuchten sind zuverlässig und reagieren auf Bewegung. Die Beleuchtung passt sich der Bewegung an, egal zu welcher Zeit – von 22.00 Uhr bis 05.15 Uhr morgens. Die Beleuchtung kann reduziert und so gezielt eingesetzt werden. Damit kann auch die Lichtverschmutzung verringert werden. Aufgrund des Erfolgs dieser Beleuchtung hat der Stadtrat erwogen, die Umstellung auf LED-Beleuchtung in einer Etappe zu beantragen.

Mit der generellen Umstellung werden CHF 32'000.00 an Energie- und Unterhaltskosten eingespart. Laut EKS kann die Umstellung problemlos im Jahr 2025 erfolgen. Zu beachten ist, dass es eine Erhöhung der

budgetierten Abschreibungen in der Funktion 6150.3300.10 von CHF 7'000.00 gibt und ein zusätzlicher Zinsaufwand von CHF 3'000.00 anfällt, da Fremdkapital aufgenommen werden muss. Diese Beträge wären auch sonst angefallen, jedoch auf die Jahre verteilt worden. Der Stadtrat empfiehlt die Annahme des Antrags, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen und die Energie- und Unterhaltskosten bereits im Jahr 2025 zu senken.

### Eintreten

**Ruth Metzger, SVP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion kann die Begründungen des Stadtrats bezüglich der Umstellung der Beleuchtung auf LED in einer Etappe nachvollziehen. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist von hoher Bedeutung. Der positive Effekt ist Einsparungen bei den Energie- und Unterhaltskosten. In der Detailberatung werden voraussichtlich noch Fragen gestellt aus der Fraktion. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion:** Der Antrag des Stadtrats wurde in der Fraktion besprochen. Man findet diesen sehr gut, da von der ursprünglich geplanten etappenweisen Umstellung abgesehen werden soll. Dies führt zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls, verringert die Lichtverschmutzung und führt überdies noch zu geringerem Stromverbrauch, was auch eine finanzielle Ersparnis bedeutet. Einige Fraktionsmitglieder haben von den Bürgern und Bürgerinnen aus dem bereits umgestellten Quartier Degerfeld zahlreiche positive Rückmeldungen erhalten. Aus all dem ist die Vorgehensweise zu befürworten. Die SP ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

### Detailberatung

*Seite 2*

**Claudio Götz, Pro Stein:** Die Übergriffe haben aber nicht in Stein am Rhein stattgefunden. Ist das richtig?

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Nein, die Diskussion hat sich jedoch so entwickelt. Das Unsicherheitsgefühl gab es jedoch auch hier bei jungen Frauen auf dem Heimweg.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Gibt es eine Kostenminderung, wenn man alles in einem umsetzt, wie zum Beispiel den Einkauf mit grösseren Mengen etc.?

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Nein, das EKS erledigt diese Arbeiten nicht nur in Stadt Stein am Rhein. Es sind viele Gemeinden, welche umstellen.

*Allgemein*

**Werner Käser, FDP:** Müssten die CHF 400'000.00 nicht auch noch ein Teil des Antrags sein?

**Stadtschreiber Timo Bär:** Nein, die CHF 400'000.00 wurden mit dem Budget 2025 genehmigt. Es ging damals nicht nur um die CHF 120'000.00. Es war der volle Betrag drin. Es geht nur um die Etappierung.

### Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED in einer Etappe im Jahr 2025 wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 8

### 5. Informationen und Umfrage

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Sie dankt für die Annahme der Umsetzung der Beleuchtung in einem Schritt. Sie hat die Vorzüge dieser Beleuchtung schätzen gelernt. Sie freut sich, dass man dies nun für ganz Stein am Rhein umsetzen kann.

Die Gewässerplanung konnte Stein am Rhein als erste Gemeinde im Kanton Schaffhausen abschliessen. Das Genehmigungsverfahren beim Kanton ist aber nicht abschliessend geklärt. Es hat lange geheissen,

dass dies nun durch den Kanton gemacht wird. Jetzt hat man die Rückmeldung erhalten, dass der Kanton gar nicht weiss, wie dieses Genehmigungsverfahren aussehen soll. Die Stadt hat aber auf jeden Fall ihre Arbeit erledigt. In der Gewässerplanung geht es darum, ob man genügend Trinkwasser hat, woher dies kommt usw.

Auch die Gesamtentwässerungsplanung konnte abgeschlossen werden. Dieser wird noch in diesem Jahr bereinigt. Dieser Auftrag kommt vom Abwasserverband mit allen beteiligten Gemeinden. Man weiss nun, wie das Verbandsnetz aussieht. Die Gemeinden haben nun den Überblick, wie ihre Kanalisationen aussehen.

Der Kredit für die Erneuerung der Wasserleitung an der Oehningerstrasse wurde bewilligt. Hier startet man mit den Planungsarbeiten.

Es gibt auch ein Wendehammerprojekt an der Zwinglistrasse. Dieser Kehrplatz war unter anderem auf Land von privaten Eigentümern. Die Eigentümer haben dieses Land nun beansprucht und das zwingt die Stadt, dass sie dort einen Wendehammer baut. Sie ist auch für die Erschliessung dieser Strasse zuständig. Man muss davon ausgehen, dass man auf privatem Grund wenden muss. Die Planaufgabe dieses Projekts wird ausgeschrieben. Es gibt eine Tiefbausubmission. Man möchte so schnell als möglich mit der Umsetzung beginnen.

Es gibt auch zwei neue Standorte für Unterflurcontainer am Chnebelgässli und an der Bahnhofstrasse. Eine Einwurfstelle an der Bahnhofstrasse ist momentan geschlossen, da noch nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner der Blöcke realisiert haben, dass sie ihren Abfall nicht mehr dort einwerfen können, wo früher die Container standen, sondern dass er nun an der neuen Stelle eingeworfen werden muss. Die entsprechende Immobilienverwaltung ist derzeit noch dabei, sicherzustellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner erneut informiert werden.

Es gibt einen weiteren Unterflurcontainer im Langstück bei der neuen Überbauung.

Die Stadt wird Wege im Wolfismoos hinter dem Campingplatz Grenzstein instand setzen. Auch der Weg an der Liliputbahn muss noch fertig instandgesetzt werden.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Im Aktionsplan II des Unicef-Labels ist man weit vorangeschritten. Dieser wird an der nächsten Einwohnerratssitzung vorgestellt. Die Übergabe des Zertifikats wird Ende März stattfinden. In welchem Rahmen dies geschehen soll, ist in Planung.

Mit dem Frühförderungsbericht ist man auch bald fertig. Dieser wird dem Einwohnerrat im Juni vorgestellt.

In der Schule wurde mit dem neuen Schulpräsidenten und dem neuen Schulleiter gut gestartet. Am Samstag fand die Legislatorsitzung statt. Über die neuen Legislaturziele wird bald berichtet.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Im Stadtrat findet die Klausursitzung am nächsten Wochenende statt. Es wird das Organisationsreglement angeschaut und es werden Legislaturziele festgelegt. Sobald man dies aufgearbeitet hat, wird man diese dann auch bekannt geben.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Sie hat etwas zum Raumreservationstool. Sie hat es nicht geschafft, eine Reservation selber zu tätigen. Sie musste die Stadtkanzlei damit beauftragen.

**Stadtschreiber Timo Bär:** Die jetzige Lösung ist nicht kundenfreundlich. Er hat dies auf seiner Liste. Man wird dies auf das Budget 2026 anschauen.

## Einwohnerrat Stein am Rhein

Daniel Ochsner  
Einwohnerratspräsident

Philipp Baumberger  
Ratssekretär